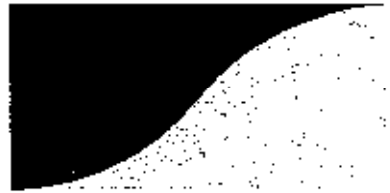


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 1520-0
Telefax: 886848 ppbn d
Telefax: 9 1520-12



Inhalt

Hans Eichel zur Gestaltung
des deutschen Einheitspro-
zesses: Die Spaltung gerecht
überwinden.

Seite 1

Manfred Opel MdB zum
LAPAS-Skandal: Alles nur Zu-
fall?

Seite 2

Josef Vosen MdB zum Ende
der Ära Riesenhuber: Zehn
Jahre Substanzverlust.

Seite 4

48. Jahrgang / 13

20. Januar 1993

Die Spaltung gerecht überwinden Zur Gestaltung des deutschen Einheitsprozesses

Von Hans Eichel
Hessischer Ministerpräsident

Geographisch gesehen liegt Hessen, vier Jahrzehnte lang "ein Land an einer blutenden Grenze", jetzt in der Mitte Deutschlands. Doch sozial gesehen ist die Ostgrenze Hessens immer noch Teil der tiefen Bruchlinie, die sich längs durch Deutschland und Europa zieht. In Hessen erleben wir tagtäglich die Herausforderung nach Angleichung der Lebensverhältnisse. Wer die wenigen Kilometer vom hessischen Eschwege ins thüringische Eisenach fährt, gelangt noch immer in eine andere Welt. Dies wird - trotz stetig abnehmender Differenz - noch lange so bleiben, denn die Angleichung der Lebensverhältnisse innerhalb Deutschlands ist eine Generationenaufgabe. Die Dimension der Herausforderung ist schon früh von vielen betont worden, doch die Bundesregierung hat es 1990 vorgezogen, die Unwahrheit über die Aufgaben zu sagen und den Wählern Sand in die Augen zu streuen. Inzwischen sind viele Menschen enttäuscht und verbittert, hat die Realität die Bonner Roßtäuscher eingeholt.

Zur Wahrheit gehört: Die Realeinkommen werden in den nächsten Jahren eher sinken, der Wohlstand im Westen wird geschmälert. Zur Wahrheit gehört aber auch: Für diesen Preis erhalten wir eine Leistung, die mit Geld im Grunde nicht aufzuwiegen ist. Die Gefahr eines Krieges in Europa mit der drohenden atomaren Vernichtung unseres Kontinents und der Welt ist praktisch beseitigt. Gleichzeitig haben die Menschen in Osteuropa die Chance, nach Jahrzehnten der Diktatur demokratische Staaten aufzubauen.

Der Frieden und die Demokratie in Osteuropa brauchen unsere Unterstützung, auch unser finanzielles Engagement. Das dramatische soziale Gefälle, wie es gegenwärtig innerhalb Deutschlands und zwischen den Ländern West- und Osteuropas besteht, muß beseitigt werden. Dies bedeutet für den Westen, daß er einen Teil seines Wohlstandes auf den Osten übertragen muß. Die Frage ist jetzt, ob es uns gelingt, gemeinsam eine gerechte Form des Teilens zu finden, oder ob wir die Spaltung unserer Gesellschaft vertiefen und damit den Keim für künftige neue Konflikte legen wollen. Denn neben der Bruchlinie zwischen West und Ost gibt es auch eine Bruchlinie in der westdeutschen Gesellschaft.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vervielfältigt Übereinstimmend
mit vollwertigen Reproduktionen
Recycling-Papier



Wer soll die Hauptlast der Transferleistungen von West nach Ost tragen? Wir Sozialdemokraten haben diese Frage eindeutig beantwortet: Wer den Gürtel schon im letzten Loch trägt, dem dürfen keine weiteren Opfer zugemutet werden. Doch wir müssen miterleben, wie die CDU/FDP-Mehrheit in Bonn gar nicht daran denkt, die Lasten gerecht und nach Leistungsfähigkeit zu verteilen, und wie sie ihre wohlhabende Wählerschicht schont. So müssen zum Beispiel Bafög-Empfänger, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger jetzt erhebliche Einbußen hinnehmen. Doch eine Ergänzungsabgabe für Beserverdienende soll erst 1995 eingeführt werden. Wer so handelt, verschafft sich zwar genügend Mittel, um die wirtschaftliche Spaltung zwischen West und Ost zu überwinden, aber er vertieft den sozialen Bruch in unserer gesamten Gesellschaft.

Die Pläne der Bundesregierung sind ein Schlag ins Gesicht aller, die sich darum bemühen, die finanzielle und soziale Lage in den neuen Ländern zu verbessern. Von den acht Milliarden Mark, die den neuen Ländern als Finanzhilfe zugesagt wurden, sind jetzt noch ganze 1,5 Milliarden Mark übrig geblieben. Aus dem Solidarpakt und dem groß angekündigten föderalen Konsolidierungs-Konzept ist damit Flickschusterei zur Abdeckung der Haushaltslöcher in Bonn geworden. Der Bund hat seine Chance vertan, in einer gemeinsamen Kraftanstrengung die Probleme in Deutschland anzupacken und die fehlgeschlagene Finanz- und Wirtschaftspolitik neu zu ordnen. Die Ministerpräsidenten der neuen Länder sind gut beraten, wenn sie sich auf die Solidarität der alten Länder stützen, statt den leeren Versprechungen Bonns zu trauen.

Seit dem Zusammenbruch der Diktatur in der DDR und seit der Vereinigung Deutschlands, leistet Hessen einen hohen Beitrag dazu, die Spaltung zwischen West und Ost aufzuheben. Aber die Hessische Landesregierung wird jedem Versuch entgegenzutreten, gleichzeitig andere Gräben zu vertiefen, statt auch diese zu überwinden. Der Sozialstaat ist für uns Anspruch und Verpflichtung und keine Quantität neigbar.

(-/20. Januar 1993/rs/ks)

**Alles nur Zufall?
Zum LAPAS-Skandal**

**Von Manfred Opel MdB
Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages**

LAPAS steht für den Versuch, einen teuren angeblichen "Höhenaufklärer" durch das Parlament zu peitschen.

Insbesondere eine CSU-Connection wird sichtbar. Niemand weiß, wer alles sich in Brasilien auf der Hacienda des bayerischen Unternehmers Grob tummelte.

LAPAS wurde schon mehrmals gestrichen. Zuletzt von Minister Stoltenberg 1989. Doch 1990 feierte es eine Wiederauferstehung. Im gleichen Jahr überwies die Firma Grob der CSU eine Parteispende von 105.000 DM, wenn man den veröffentlichten Daten glaubt. Zufall?

Auffallend ist, daß ausgerechnet die Milliarden-Systeme Jäger-90 und LAPAS vom Verteidigungsminister kritisch gesehen werden, aber vom angeblich so sparsamen CSU-Finanzminister Waigel mit Hilfe von Koalitionsabgeordneten durch den Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages geschleust werden sollten. Zufall?

Auffallend ist weiter, daß beim Jäger-90 argumentiert wurde, das Geld sei nur in Deutschland gut angelegt, denn erstens würden hochqualifizierte Arbeitsplätze erhalten oder geschaffen,

zweitens würden technologische Gewinne dem Industriestaat Deutschland nützen und drittens wäre dadurch alles volkswirtschaftlich am günstigsten, da von jeder ausgegebenen Mark über 60 Pfennige in die Volkswirtschaft oder als Steuern in die Staatskasse zurückfließen. Ganz anders bei LAPAS. Dort sollen Milliardenbeträge an eine US-Firma gehen; insgesamt etwa 80 Prozent der geplanten Aufwendungen von etwa 2,5 Milliarden DM allein für LAPAS I. Aber weder eine finanzielle noch eine wirtschaftliche oder eine technologische Kompensation wurde vereinbart. Entgegen einem ehernen Grundsatz bei allen anderen Vorhaben. Zufall?

Auffallend ist auch, daß sich die US-Firma E-Systems massiv mit bemerkenswert drohenden Formulierungen in die deutsche politische Diskussion einmischte. Leseprobe vom 15.1.1993: "Nachdem die - offensichtlich zu einem kritischen Zeitpunkt gezielt gestreuten - Behauptungen jeder Grundlage entbehren, liegt es nahe, daß gewisse Personen, die mit der Regierungspolitik nicht einverstanden sind, sich diese Anschuldigungen zunutze machen, um ihren Willen gegen die für solche Entscheidungen verantwortlichen Verfassungsorgane durchzusetzen. Es handelt sich hierbei um den Versuch, das Programm durch Störmanöver zu verzögern und aufs Spiel zu setzen. Das bedeutet nicht nur ein Zuwiderlaufen mit der demokratisch diskutierten und abgestimmten deutschen Sicherheitspolitik, sondern auch eine Verletzung der gegenseitigen Verpflichtungen mit den Vereinigten Staaten, was möglicherweise eine Beeinträchtigung der Zusammenarbeit auf diesem sensiblen Gebiet zur Folge hat." Bisher hat sich weder die Koalition noch die Regierung gegen diese unverschämte Drohung gewandt. Es wurde auch nicht erklärt, welche "gegenseitigen Verpflichtungen mit den USA" bestehen. Gibt es eventuell ein Geheimabkommen? Erklären sich dadurch das unübliche Verfahren und die ungewöhnliche Hast? Zufall?

Auffallend, um das Mindeste zu sagen, ist die Tatsache, daß seit Mitte 1992 die Staatsanwaltschaft ermittelt, ohne daß das Parlament auch nur ein einziges Mal unterrichtet wurde. Sogar die Durchsichtung beim Systembeauftragten auf der Hardthöhe am 15.12. 1992 hinderte die Hardthöhe nicht, den Vertrag zu unterzeichnen und nur unter einem zweifachen schwachen Vorbehalt zu stellen. Zufall?

Auffallend ist darüber hinaus, daß dem Parlament 377 Millionen DM für sogenannte "Langläuferteile" abgerungen werden sollten. Das sind üblicherweise Vorabbestellungen von Material für die Produktion, das lange Lieferfristen hat. Doch kein einziges der bestellten Materialien und Dienstleistungen hat diese Qualität. Es handelt sich vielmehr um Entwicklung, Erprobung, Logistik und Beschaffung! Im Klartext: Das Parlament sollte auf einen Etikettenschwindel hereinfallen. Im Verteidigungsausschuß wurde ausdrücklich vorgetragen, es handle sich um keine Produktion und auch kein Präjudiz dafür. Doch in der Vorlage des Finanzministers an den Haushaltsausschuß steht ausdrücklich, man wolle mit einem sogenannten FMS-Vertrag (=Regierungsvertrag) "den Systemanteil LAPAS I ... beschaffen." Und weiter: "Damit soll ... eine Unterbrechung der Produktion ...vermieden und die Serienfertigung im vorgesehenen Zeit- und Finanzrahmen abgesichert werden. "Außerdem macht allenfalls das Gesamtvorhaben, bestehend aus LAPAS I und II, Sinn. Dennoch soll erst einmal nur das vermutlich billigere LAPAS I beschafft werden. Ist der massive "Etikettenschwindel" mit sogenannten Langläuferteilen ebenfalls Zufall?

Auffallend ist insbesondere, daß nicht nur keine einzige deutsche oder europäische Elektronikfirma an Entwicklung und Produktion beteiligt wird. Die US-Firma E-Systems sollte sogar zum Generalunternehmer "auf Antrag des Auftraggebers" bestimmt werden. Das wurde bereits Mitte 1986 festgelegt, als es noch kein einziges Entwicklungsergebnis gab. Zufall?

Auffallend ist weiter, daß immer wieder die gleichen Namen in Verbindung mit dem System LAPAS auftauchen. Und zwar in teilweise unterschiedlichsten Funktionen. Häufig sind auch deutsche Tochterunternehmen von US-Konzernen im Spiel. Zufall?

Es fällt ebenfalls auf, daß für LAPAS I im vorliegenden Vertragsentwurf die für das Pentagon obligatorischen Gewährleistungen und Garantien abgelehnt werden. Die guten deutschen Milliarden sollen also ohne jede Sicherheit auf Erbringung der geforderten Leistung ausgegeben werden. Darauf deutet auch die vorliegende "Langläuferteile-Vorlage" hin. Finanziert werden sollen Erprobung, Änderung, Leistungssteigerung, Dokumentation und ähnliches. Gleichzeitig behauptete

das Verteidigungsministerium, die Entwicklungsergebnisse seien bereits voll erbracht. Das ist ein eklatanter innerer Widerspruch.

Ungewöhnlich ist auch die geplante Beschaffungsstruktur. Mit den "Langläuferteilen" soll ein vollständig ausgerüstetes "Mehrzweck-Flugzeug D-500" der Firma Grob für knapp 270 Millionen DM beschafft werden. Das ist der doppelte Preis eines Großraum-Verkehrsflugzeuges! Das Flugzeug D-500 müßte nach üblichem Verfahren vom BMVg beigestellt werden. Das Basisflugzeug kann höchstens einige wenige Millionen DM kosten. Hier aber ist überhaupt nicht nachzuvollziehen, für wieviel Millionen die Bundesregierung von der US-Regierung ein deutsches einmotoriges Leichtflugzeug zurückkaufen will. Es ist zu vermuten, daß mit diesem ungewöhnlichen Verfahren massive Gewinne auf Kosten des Steuerzahlers versteckt werden sollen.

Völlig inakzeptabel ist jedoch, wenn Minister Rühe in der augenblicklich kritischen Situation am 19. Januar 1993 schon eine ausgesuchte Journalistenrunde exklusiv über genau das informiert, was er am nächsten Tag dem Parlament vortragen will. Das ist eine glatte Mißachtung des Parlaments.

Diese Fragen und viele andere Unregelmäßigkeiten müssen aufgeklärt werden. Eines ist aber schon heute deutlich: LAPAS darf es so nicht geben.

(-/20. Januar 1993/rs/ks)

Zehn Jahre Substanzverlust Zum Ende der Ära Riesenhuber

**Von Josef Vosen MdB
Forschungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

Der Abschied des Forschungsministers Heinz Riesenhuber ist Anlaß für eine kritische Würdigung von zehn Jahren deutscher Forschungspolitik.

Diese zehn Jahre sind keineswegs einheitlich zu bewerten. Bis 1989 agierte Riesenhuber eher unter der Devise "weiter wie bisher" und änderte - von Kleinigkeiten abgesehen - Strukturen und Verfahren der Forschungsförderung nicht in signifikanter Weise. In diese Zeit fällt das strategische Versäumnis, der Mikroelektronik nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt zu haben, mit der Folge, daß die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auf den Weltmärkten sank. Mit der deutschen Einheit hat sich dann die Situation erheblich weiter verschlechtert. Seit drei Jahren ist ein praktisch nicht mehr aufzuholender Substanzverlust in der deutschen Forschung eingetreten. Diese beiden Sachverhalte geben Heinz Riesenhubers Amtszeit letztlich negative Auswirkungen.

Er hat die Grundlagenforschung in Deutschland gestärkt. Das ist unbestritten seine stärkste Leistung. Diese Stärkung erfolgte aber zu Lasten anderer Bereiche, etwa der nicht-nuklearen Energieforschung und der Mittelstandsförderung. Die zu hohen Aufwüchse bei der Weltraumfahrt wirkten sich gleichfalls negativ aus. Heinz Riesenhuber hätte mehr Geld gebraucht und zu diesem Zweck eben mehr Durchsetzungsfähigkeit. Seine kollegiale menschliche Seite war einer seiner großen Vorzüge; dergleichen seine wirklich beachtliche Rednergabe. Wenn er in gleichem Maße Entschlußfähigkeit besessen hätte, wäre es der deutschen Forschung jetzt doch besser zumute.

Seit der Einigung fehlen dem Forschungsetat jährlich rund eine Milliarde DM, nämlich das wertmäßige Äquivalent für die hinzugekommene Forschung in den neuen Ländern. Erst am Ende des dritten Jahres nach der Einigung wird der Forschungsetat mit 9,3 Milliarden DM für das vereinte Deutschland wieder die nominale Höhe haben, die er in Gestalt der beiden Teilhaushalte Ost und West schon 1989 hatte. Das heißt, daß das Volumen des Forschungsetats Ost binnen drei Jahre praktisch verschwunden ist. Dies ist das bedrückende konkrete Ergebnis der Abwicklung der Ostforschung. Der

Vorsitzende des Wissenschaftsrates, Professor Dr. Heinz Simon, der durch seine Evaluationen Vorarbeiten für die politisch Verantwortlichen geschaffen hatte, konstatiert heute verbittert: "Schlechte Zeiten für eine gesamtdeutsche Wissenschaftspolitik".

Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie, insbesondere der informationstechnischen Industrie, ist seit 1983 im weitesten Maßstab, insbesondere gegenüber Japan, gesunken. Seit 1984 ist erstens der Anteil der Forschungsausgaben am Gesamthaushalt von 2,7 Prozent auf 2,2 Prozent zurückgegangen. Zweitens ist der Anteil der Grundlagenforschung bei den Forschungsausgaben von rund 28 Prozent auf über 40 Prozent gestiegen. Grundlagenforschung sollte eigentlich Ländersache sein. Das Forschungs- und Technologieministerium war aus anderen Erwägungen, nämlich der Wettbewerbsfähigkeit bei den Schlüsseltechnologien, ins Leben gerufen worden. Und drittens ist der Anteil der internationalen Beiträge am Forschungshaushalt - sprich: die Raumfahrt - von zehn Prozent auf 18 Prozent gestiegen. Dies sind jedesmal Verschiebungen in Milliarden-Höhe, wenn man die absoluten Zahlen nimmt.

Aus diesen Zahlenreihen ergibt sich ein bemerkenswerter Rückgang der strategisch wichtigen industriellen Anwendungsförderung in Schlüsseltechnologien mit dem Ergebnis, daß ganze Branchen in der Zwischenzeit weggebrochen sind und der japanische Vorsprung in der Mikroelektronik sich zu einer schweren Bedrohung unserer Hauptbereiche Maschinenbau, Automobilbau und Telekommunikation ausgewachsen hat.

Japan und USA haben uns überholt

In zehn Jahren ist der Anteil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben am Bruttosozialprodukt auch im weltweiten Vergleich zurückgegangen. Lange lagen wir mit den USA und Japan gleichauf bei etwa 2,7 Prozent oder 2,8 Prozent des Bruttosozialproduktes, jetzt stagnieren wir seit Jahren bei 2,8 Prozent, während Japan inzwischen auf über drei Prozent davongezogen ist.

Das bedeutet, daß in der Forschungspolitik seit zehn Jahren die Brücke von der Grundlagenforschung in die industrielle Anwendung beeinträchtigt wurde. Der Übergang zu einer umweltverträglichen Energiewirtschaft durch effektive Forschungsprogramme wurde nicht eingeleitet.

In der Förderung der nicht-nuklearen Energieforschung kam es im Vergleich zu letzten Jahr der sozial-liberalen Regierung in den vergangenen zehn Jahren zu einer vollkommenen Strukturveränderung. 1982 wurden 704 Millionen DM (10,1 Prozent) für diesen Bereich ausgegeben. 1992 noch 456 Millionen DM (4,8 Prozent).

Während in der Atomenergieforschung und -entwicklung insgesamt über 30 Milliarden DM durch Bundesregierungen eingesetzt wurden, hat diese Bundesregierung nicht nur die eingeleitete Steigerung der nicht-nuklearen Energieforschung nicht mitgemacht, sondern sie langsam aber sicher heruntergefahren. Kumuliert hat diese Regierung dieser umweltorientierten Energieforschung im Laufe der Jahre auf diese Weise über drei Milliarden DM entzogen, während gleichzeitig der Forschungsbedarf - weltweit und auch in diesem Lande - angewachsen ist.

Die zu späte Beendigung der Projekte THTR in Hamm, SNR in Kalkar und die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf sind von Heinz Riesenhuber zu verantworten. Dies dürften drei Milliarden DM und mehr während seiner Amtszeit sein. Die sozial-liberale Bundesregierung war - dies muß hier in Erinnerung gerufen werden - 1982 dabei, diese Projekte zu beenden.

Die Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen wurde drastisch eingeschränkt. Der Mittelstand wird technologiepolitisch sträflich vernachlässigt. Die westdeutsche Volkswirtschaft wird entscheidend von kleinen und mittleren Unternehmen geprägt. Unternehmen mit weniger als 500 beschäftigten und einem Jahresumsatz von weniger als 100 Millionen DM beschäftigten 67 Prozent aller Arbeitnehmer, erwirtschaften 50 Prozent unseres Sozialprodukts und erbringen 80 Prozent der beruflichen Ausbildung unseres Nachwuchses. Die Bundesregierung hat die Forschungsförderung für kleine und mittlere Unternehmen in den alten Bundesländern drastisch gekürzt. Das besonders wirkungsvolle Personalkostenzuschußprogramm zur Förderung des Forschungs- und Entwicklungspersonals in kleinen und mittleren Unternehmen wurde in den alten Bundesländern ebenso eingestellt wie die Förderung technologieorientierter Unternehmensgründungen und die Innovationsförderung

für kleine und mittlere Unternehmen. Gleichzeitig wurden die Investitionszulagen und Sonderabschreibungen für FuE-Investitionen abgeschafft.

Der BDI nannte das Gesamtkonzept der Bundesregierung für die kleinen und mittleren Unternehmen 1989 eine Mogelpackung.

Dem Weltraumbudget und seinen Projekten wurde ein zu großer Anteil eingeräumt. 1982 beim Amtsantritt von Heinz Riesenhuber betrug der Anteil der Weltraumausgaben am Gesamtbudget rund elf Prozent. Im vergangenen Jahr sind daraus 19 Prozent geworden, obwohl sich seit der Verabschiedung des Langzeitplans der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) im November 1987 in den Haag die Rahmenbedingungen für die globale europäische und deutsche Weltraumpolitik von Grund auf geändert haben. Insbesondere hat mit dem Wegfall des Ost-West-Gegensatzes die Systemkonkurrenz als wesentliche Treibfeder von Aktivitäten im Weltraum ihre Bedeutung verloren. Jetzt ist internationale Kooperation das Gebot der neuen Zeit. Diese muß sich in der Weltraumpolitik notwendig als globale Kooperation darstellen.

Zu beginnen ist hierbei mit einer ernsthaften Kooperation mit Rußland (GUS), dem Land mit der größten Raumfahrtkapazität im sich neu definierenden Europa. Die bisherigen Ansätze reichen nicht aus.

Die Großforschungseinrichtungen wurden thematisch weitgehend sich selbst überlassen. Der BMFT hat den Großforschungseinrichtungen eine pauschale Abmagerungskur verordnet, ohne auf die Inhalte und Forschungsschwerpunkte Rücksicht zu nehmen. Das soll nach den Planungen zu undifferenzierten Einsparungen führen, die in den nächsten Jahren offensichtlich mit einem massiven Personalabbau bei den Großforschungseinrichtungen verbunden sein werden. Die Großforschungseinrichtungen haben auf diese Weise eine verlässliche Perspektive nicht bekommen, sondern sind zum Steinbruch für die Finanzierungsschwierigkeiten des Forschungshaushalts geworden.

Daneben sind die folgenden Auswirkungen der Politik von Heinz Riesenhuber zu erwähnen:

- Die Politik zur Humanisierung des Arbeitslebens ist ganz abgeschafft worden.
- Auf dem Gebiet der chemischen Forschung und Entwicklung in den Laboratorien der Forschungsinstitute und der Industrie ist die zukunftsweisende gentechnische Forschung und Entwicklung in den Laboratorien der Forschungsinstitute und der Industrie seit dem Erlaß des Gentechnikgesetzes Mitte 1990 durch enorme neue bürokratische und verwaltungstechnische Hemmnisse in erheblicher Weise erschwert, wenn nicht gar behindert worden. Von Seiten der chemischen Industrie ist öffentlich erklärt worden, daß es unter den derzeitigen Rahmenbedingungen wirtschaftlich nicht verantwortet werden kann, in Deutschland in die gentechnische Forschung, Entwicklung und Produktion zu investieren.
- Die geforderte Technikfolgenabschätzung beim Parlament wurde zu einem Arbeitsbereich des Forschungsausschusses abgewertet.
- Ein forschungspolitischer Dialog wurde nicht ins Leben gerufen.

Der Nachfolger im Amt wird als wichtigste Eigenschaft die Durchsetzungsfähigkeit brauchen, für die Forschungslandschaft Deutschland wieder die notwendigen finanziellen Mittel zu beschaffen.

(-/20. Januar 1993/rs/ks)
